

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Philip Kucher, Mag.^a Andrea Kuntzl,
Genossinnen und Genossen

betreffend **Verdoppelung der Medizinstudienplätze im Kampf gegen den Ärztemangel**

eingebracht im Zuge der Debatte zu Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1669 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2023 (Bundesfinanzgesetz 2023 – BFG 2023) samt Anlagen (1787 d.B.) **UG 24**

Lange Zeit galt der Ärztemangel als vergleichsweise kleine Bedrohung. Im internationalen Vergleich nämlich schien es, als verfüge Österreich über ausreichend Mediziner, um nicht in eine gefährliche Mangelversorgung zu rutschen. Das erweist sich allerdings als Trugschluss.

Der Ärztemangel ist ein Problem, das nicht nur wegen geringer Ärztezahlen entsteht, sondern vor allem aus der Altersstruktur und der Teilzeitquote resultiert. In Österreich zeigt sich, dass über 30 Prozent der Mediziner bereits in einem Jahrzehnt in Pension gehen könnten. Im Bereich niedergelassener Ärzte gilt dies sogar für nahezu jeden zweiten. Auf diese Weise entstehen Lücken, die der Nachwuchs nicht füllen kann.

Wir brauchen pro Jahr mindestens 1.450 Ärzt*innen (um Status quo zu erhalten), wir haben aber nur 840. Es gäbe genug, man muss sie nur lassen: Rund 16.000 junge Menschen wollen pro Jahr Ärzt*innen werden, nur 1.850 bekamen 2022 einen Studienplatz.

Wir in Zukunft nicht weniger, sondern mehr Ärzte brauchen. Es müssen daher auch mehr Ärzt*innen ausgebildet werden. Daher ist es erforderlich, die Medizinstudienplätze zu verdoppeln. Dazu muss die Bundesregierung den Universitäten die entsprechenden finanziellen Mittel einräumen.

Aber auch die Aufnahmetests für das Medizinstudium müssen evaluiert werden. Das Aufnahmeverfahren muss auch andere Kriterien, als die eines guten Wissens in Biologie, Chemie, Physik und Mathematik, Lesekompetenz und Textverständnis sowie kognitive Fertigkeiten berücksichtigen. Beispielsweise soziales Engagement oder die Verpflichtung nach der abgeschlossenen Ausbildung zumindest einige Jahre im öffentlichen Gesundheitswesen tätig zu sein.

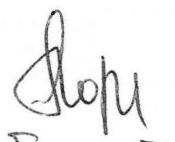
Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachfolgenden

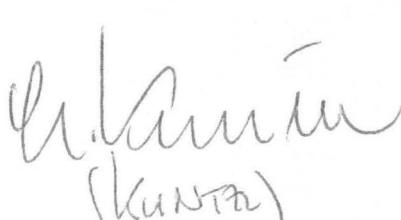
Entschließungsantrag

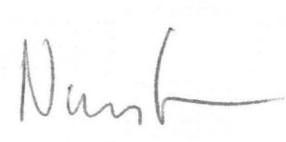
Der Nationalrat wolle beschließen:

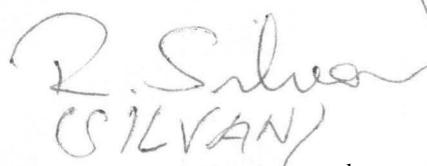
„Die Bundesregierung wird aufgefordert, endlich Maßnahmen gegen den Ärztemangel umzusetzen. Insbesondere müssen die Medizinstudienplätze verdoppelt und den Universitäten das entsprechende Budget zur Verfügung gestellt werden. Die Aufnahmekriterien zum Studium müssen verändert werden. Vor allem die Verpflichtung, nach der Ausbildung im öffentlichen Gesundheitswesen für einige Jahre tätig zu sein, muss für die Erlangung eines Studienplatzes ein wichtiger Faktor sein.“


(Kucher)


(Strobl)


(Kuntzl)


(NUSSBAUM)


(SILVAN)

